

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 11, 2023

1. Niedersachsen

1.1. Islamwissenschaftler Kiefer: Antisemitismus in vielen Staaten Teil der Staatsrason

Der Osnabrücker Islamwissenschaftler Michael Kiefer sieht im Antisemitismus unter zugewanderten Muslimen ein lang vernachlässigtes Problem. Seit 20 Jahren weise er darauf hin, dass der Holocaust, die Gründung des Staates Israel und der Nahost-Konflikt in deutschen Schulen nicht ausreichend behandelt würden, sagte Kiefer dem Evangelischen Pressedienst.

Den meisten zugewanderten Muslimen blieben nur die in ihrer Heimat erlernten jüdenfeindlichen Interpretationsmuster: „Antisemitismus ist in Syrien und vielen weiteren arabischen Ländern seit Jahrzehnten Teil der Staatsrason.“ Viele Menschen seien antisemitisch erzogen. Antisemitische Erzählungen würden seit Jahrzehnten in den Medien wiederholt. Sie seien Teil der Unterhaltungsliteratur, von Fernsehserien zum Ramadan und anderem. Israel werde dämonisiert und delegitimiert als ein Staat, den es eigentlich nicht geben dürfte. Diese Ideologie brächten manche Geflüchteten mit nach Deutschland. „Und sie wird immer dann nach oben gespült, wenn es in Gaza wieder hoch hergeht.“

Die tatsächliche Geschichte des Staates Israel sei den meisten der Zugewanderten nicht bekannt, so Kiefer weiter. Die deutsche Bildungspolitik müsse darauf dringend reagieren. Sie müsse Schulbücher ergänzen, den Umgang mit Antisemitismus in der Lehrerbildung verankern und die Lehrkräfte sprachfähig machen, forderte Kiefer. Der Nahostkonflikt müsse ausführlicher und proaktiv behandelt werden und nicht erst dann, wenn aktuelle Ereignisse ihn auf den Lehrplan brächten. „Aus vielen Jahren Erfahrung mit islamistisch indoktrinierten Jugendlichen weiß ich, dass es möglich ist, Vorurteile bei jungen Menschen abzubauen und ihnen die Fähigkeit zu kritischem Denken zu vermitteln.“

Kiefer forderte zudem die Moscheegemeinden auf, sich klar zum Existenzrecht Israels zu positionieren und den Terror der Hamas zu verurteilen. „Da waren die bisherigen Verlautbarungen doch eher dürftig und unzureichend.“ Die Gemeinden müssten in den Freitagspredigten und in der Jugendarbeit ihren Beitrag dazu leisten, Antisemitismus abzubauen. Das gelte auch und besonders für die Gemeinden des aus der Türkei finanzierten Verbandes DITIB, sagte der Professor für Soziale Arbeit in der Migrationsgesellschaft. Dessen Funktionäre müssten sich deutlich von den Hetzparolen des türkischen Präsidenten Erdogan gegen Israel distanzieren. „Natürlich sehen die sich in einer Zwickmühle, aber wenn man Teil der deutschen Zivilgesellschaft sein will, darf man dazu nicht schweigen“, so Kiefer ([mehr](#)).

1.2. Islamischer Theologe Ucar entsetzt über Antisemitismus-Vorwurf

Der Direktor des Instituts für Islamische Theologie der Universität Osnabrück, Bülent Ucar, hat mit Entsetzen auf eine Kritik des Juristen und Publizisten Murat Kayman reagiert, die ihn in die Nähe des Antisemitismus rückt.

Jeder, der ihn kenne und seine Schriften lese, wisse, dass er meilenweit davon entfernt sei, Juden zu diskriminieren oder anzufinden, sagte Ucar auf Nachfrage des Evangelischen Pressediensts. Kayman habe versucht, den Eindruck zu erwecken, er würde die Anschläge der Hamas auf Israel gutheißen. „Das ist rufschädigend und zielt auf meine Reputation.“ Er überlege, juristisch dagegen vorzugehen, so Ucar.

Kayman hatte in seinem Blog ([hier](#)) und einem Gastbeitrag für das Nachrichtenmagazin „Spiegel“ einen Instagram-Post Ucars vom Morgen des 7. Oktober in einen Zusammenhang mit dem an diesem Tag begonnenen terroristischen Überfall der Hamas auf Israel gebracht. Ucar habe ein Video von feiernden, tanzenden jüdischen Männern mit einem zwinkerndem Emoji und einem „Guten Morgen“ gepostet, „als die deutsche Öffentlichkeit entsetzt die eintreffenden Nachrichten vom Terrorüberfall der Hamas verfolgte“, so Kayman. Der wenig später kommentarlos gelöschte Post sei offenkundig ein „augenzwinkerndes Signal an seine muslimischen Follower gewesen, was für einen freudigen Morgen er als Muslim angesichts dieser Nachrichten gerade hat.“ Kayman ist ehemaliger Justitiar des Islamverbands DITIB und Mitbegründer der Alhambra-Gesellschaft.

Ucar betonte demgegenüber, er habe das Video samt Zwinker-Emoji zwar tatsächlich am Morgen des 7. Oktober gepostet. Dies sei allerdings passiert, bevor die ersten Nachrichten über den Terrorangriff der Hamas in den Medien aufgetaucht seien. Anlass sei das Fest der Torafreude (Simchat Tora) gewesen. Er habe daraufhin sogar „Likes“ von jüdischen Freunden erhalten. Ohnehin sei der Vorwurf absurd: „Mein ganzes Leben lang habe ich mich auf allen Ebenen für eine jüdisch-muslimische Verständigung eingesetzt und zahlreiche Kooperationen mit jüdischen Kollegen und Institutionen in Deutschland und Israel durchgeführt“ ([mehr](#)).

Kayman reagierte auf die Erklärung Ucars mit einem offenen Brief ([hier](#)).

1.3. Christlicher Theologe Reinbold: Hamas-Terror speist sich auch aus Nazi-Ideologie

Der antisemitische Terror der Hamas ist nach Ansicht des evangelischen Theologen Wolfgang Reinbold auch eine Folge einstiger Beziehungen zwischen dem Nazi-Regime und den Palästinensern.

„Der Großmufti von Jerusalem und geistliche Führer der Palästinenser, Mohammed Amin al-Husseini, stand in engem Kontakt zu Adolf Hitler. Beide verband ihr brennender Hass auf die Juden“, sagte Reinbold im Gespräch mit dem Evangelischen Pressedienst. „Al-Husseini wollte die jüdischen Siedler, die einen eigenen Staat zu gründen beabsichtigen, mit allen Mitteln aus dem Land haben, da kam ihm Hitler als zu allem entschlossener Geistesverwandter gerade recht“.

Durch den Schulterschluss des Großmuftis mit den Nazis habe auch die NS-Propaganda in Teilen der arabischen Welt Einzug gehalten. „Es gab sogar einen Radiosender im brandenburgischen Zeesen, der Nazi-Propaganda in makellosem Arabisch gen Nahost ausstrahlte – Koran-Lesungen und stimmungsvolle Musik inklusive“, erläuterte der Beauftragte für interreligiösen Dialog der hannoverschen Landeskirche. Auf diese Weise seien die Nazi-Ideologie und der Hass auf alles jüdische Leben gewissermaßen „religiös umrahmt und scheinbar gerechtfertigt“ worden.

„Aspekte wie eine ‚Rassenlehre‘, die Jüdinnen und Juden entmenschlicht und ihre Auslöschung fordert“ habe die arabische Welt zuvor nicht gekannt, betonte Reinbold, der auch Theologieprofessor an der Universität Göttingen und Vorsitzender des Hauses der Religionen in Hannover ist. Wer heute davon spreche, dass Antisemitismus auch durch Geflüchtete aus dem Nahen Osten nach Deutschland „importiert“ werde, müsse, zumindest teilweise, eigentlich von einem „Re-Import“ sprechen.

Reinbold führte aus, dass sich der „eliminatorische deutsche Antisemitismus“ auch in der Hamas-Charta, dem Gründungspapier der Terrororganisation, wiederfinde. „Ohne den Einfluss der Nazis ist dieses Papier meines Erachtens kaum zu verstehen“, sagte er. Die Charta propagiere radikale Gewalt gegen Juden und einen Dschihad, der die Auslöschung des Staates Israel zum Ziel habe. Dabei berufe sich die Hamas auf den Koran und insbesondere auf die Überlieferung über das Leben und die Aussprüche des Propheten Muhammad, die sogenannten Hadithe. Sie picke dabei gezielt Passagen heraus, die ihre antisemitische Ideologie zu stützen scheinen.

Reinbold betonte, dass gerade jetzt, angesichts gehäufter Solidaritätskundgebungen für die Hamas, nicht vergessen werden dürfe, dass die Mehrheit der Muslime völlig anders denke: „Meine Gesprächspartner betonen immer wieder, dass für sie eine Koranauslegung, die Gewalt und Hass predigt, muslimisch absolut inakzeptabel ist“ ([mehr](#)).

1.4. Was sonst noch war

- Hannover: Juden und Muslime veröffentlichen Friedensappell ([mehr](#))
- Osnabrück: Samy Charchira und Amra Hodžić neue Vorsitzende des Islamkollegs Deutschland e.V. ([mehr](#))
- Hannover: Bestürzung über antisemitische Schmierereien auf der Gedenkstätte Ahlem ([mehr](#))
- Göttingen: Gesellschaft für bedrohte Völker kritisiert türkisches Religionsministerium Diyanet scharf ([hier](#)) und fordert Absage des Besuchs des türkischen Präsidenten Erdogan in Deutschland ([hier](#))
- Kirchentag 2025 in Hannover unter dem Motto „mutig – stark – beherzt“ ([mehr](#))
- Oliver Schuegraf wird neuer Landesbischof in Schaumburg-Lippe ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Islamverband VIKZ verlässt den Koordinationsrat der Muslime in Deutschland

Der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) hat den Koordinationsrat der Muslime (KRM) verlassen. „Der Grund liegt darin, dass wir als VIKZ unsere politische Neutralität sehr schätzen und frei von jeglicher Beeinflussung von außen unseren Weg weiterführen wollen“, sagte ein Sprecher des Verbands auf Anfrage der Deutschen Presseagentur. Der Austritt sei am 20. Oktober erfolgt.

Auf Anfrage der Katholischen Nachrichtenagentur sagte der Assistent des Verbandspräsidiums, Alihan Günes, der Schritt sei „notwendig“ geworden. „Wir wollen unsere Neutralität bewahren und unseren Weg alleine gehen.“ In der Vergangenheit habe es immer mehr Zweifel gegeben, ob diese Neutralität angesichts des bindenden Charakters von Erklärungen des KRM garantiert werden könne.

Zu konkreten Inhalten äußerte sich Günes nicht. Er betonte, es habe keinen Streit zwischen dem VIKZ und den anderen Mitgliedsverbänden des KRM gegeben. Auch habe der Austritt nichts mit dem Krieg in Gaza zu tun.

Der 1973 gegründete Verband ist einer der ältesten und größten muslimischen Verbände in Deutschland. 2007 hatte er gemeinsam mit DITIB, dem Islamrat (Milli Görüs) und dem Zentralrat der Muslime den Koordinationsrat der Muslime in Deutschland gegründet. Im September hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den VIKZ zu dessen 50. Bestehen gewürdigt (s. Mitteilungen 9/2023, S. 1). Der als konservativ geltende VIKZ steht selten im öffentlichen Fokus. Auch dass er schon seit Jahrzehnten hierzulande Imame ausbildet, ist kaum bekannt ([mehr](#)).

2.2. Essen: Demonstration gegen Judenfeindlichkeit und muslimische Extremisten

In Essen sind etwa 4.500 Menschen auf die Straße gegangen, um ein Zeichen gegen Judenfeindlichkeit und muslimische Extremisten zu setzen. Die Kundgebung war eine Reaktion auf eine aufsehenerregende Demonstration islamistischer Gruppen aus dem Umfeld der „Hizb ut-Tahrir“ („Partei der Befreiung“) Anfang November ([mehr](#)).

Oberbürgermeister Thomas Kufen (CDU) sagte, die Bilder der vorangegangenen Demonstration seien „um die Welt gegangen“. „Wir wollen diese Bilder in Essen nicht, wir wollen diese Gruppierungen in Essen nicht.“ Antisemitismus und Rassismus dürften keinen Platz auf den Straßen von Essen haben. Die Leute der Hamas seien „keine Freiheitskämpfer, sondern Terroristen und Mörder“. Zu der Demonstration eingeladen hatten die Stadt Essen, die „Allianz für Weltoffenheit, Solidarität, Demokratie und Rechtsstaat“, der Initiativkreis Religionen in Essen (IRE), der Deutsche Gewerkschaftsbund und andere.

Eine Woche zuvor hatte es erschreckende Szenen bei einer als „propalästinensisch“ angemeldeten Demonstration mit etwa 3.000 Teilnehmern gegeben. Darunter befanden sich Personen, die für ein „Kalifat“ warben und Banner im Stile der verbotenen Organisation Hizb ut-Tahrir trugen. In Sprechchören wurde die Vernichtung Israels gefordert, Symbole des „Islamischen Staates“ wurden gezeigt.

Die Essener Polizei sprach davon, man sei bei der Anmeldung der Demonstration offenbar sehr gezielt getäuscht worden. „Islamisten haben die Täuschung auf die Spitze getrieben und offenbar ganz bewusst sehr ähnliche Symbole des Islamischen Staates und der Taliban genutzt, um für ihre weltfremden Ziele zu werben“, sagte Polizeipräsident Andreas Stüwe ([mehr](#)). Hauptredner der Demonstration war der Kopf der vom Verfassungsschutz beobachteten Gruppierung „Generation Islam“, Ahmad Tamim. Die Demokratie gilt ihr als „System des Unglaubens“, das Muslimen mit „Assimilationsterror“ begegne ([mehr](#)). Zugleich beruft sie sich auf das Grundgesetz und beklagt die Reaktionen auf die Essener Demonstration als Heuchelei. „Der Islamhass“ sei „nach der Demonstration offener zu Tage getreten“, dafür seien „die Politiker umso bereitwilliger, das Grundgesetz zu ihren Gunsten gegen die Muslime zu ändern“, klagt die Gruppe in den Sozialen Medien ([hier](#)).

2.3. Spitzengespräch zwischen Deutscher Bischofskonferenz und Koordinationsrat der Muslime

Vertreterinnen und Vertreter der katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und des Koordinationsrats der Muslime (KRM) sind zu ihrem jährlichen Spitzengespräch zusammengetroffen.

Im Fokus des Gesprächs hätten das theologische Dialogverständnis von Christen und Muslimen, die religiöse Bildung junger Menschen in Deutschland sowie der Krieg im Nahen Osten und seine Auswirkungen auf die interreligiösen Beziehungen gestanden, teilten DBK und KRM mit. Zum Thema Gaza erklärte die Konferenz: „Wir verurteilen die perfiden Terrorattacken der Hamas vom 7. Oktober 2023 und rufen zu einer raschen Freilassung der Geiseln auf. Unsere Gebete gelten den vielen Zivilisten in Israel und Palästina, die den Tod gefunden haben und verwundet wurden. Das Existenzrecht Israels steht für uns ebenso außer Frage wie das Recht der Palästinenser auf ihren eigenen Staat. Die humanitäre Lage in Gaza schreit zum Himmel. Das Blut unschuldiger Zivilisten darf nicht länger vergossen werden. Wir treten für einen Friedensprozess ein, der diesen Namen verdient“ ([mehr](#)).

2.4. Was sonst noch war

- Nordrhein-Westfalen: Kritik an „Inszenierung“ eines Synagogenbesuchs und scheinbar eindeutigen Erklärungen zur Hamas; Staatskanzleichef Liminiski kritisiert die türkische Religionsbehörde Diyanet und das Agieren der DITIB scharf ([mehr](#))
- Berlin: Entsetzen über Brandanschlag auf Synagoge in der Brunnenstraße ([mehr](#))
- Dortmund: Kritik an mangelnder Distanzierung des Rates der muslimischen Gemeinden in Dortmund von der Hamas ([mehr](#))
- Hamburg: Bürgerschaft fordert in einem parteiübergreifenden Antrag schnelle Schließung des dem Iran nahestehenden Islamischen Zentrums Hamburg ([mehr](#))
- München: Interreligiöses Friedensgebet unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters kurzfristig abgesagt ([mehr](#)).

3. Video

Koranverbrennungen – müssen wir sie verbieten?

Religionen im Gespräch

Gast: Bijan Fateh-Moghadam, Universität Basel

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

Hannover, den 15.11.2023

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.